

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Hermann Stolle

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied August Desenz
Ausschussvorsitzender Jörn Felbier
Stellv. Ausschussvorsitzender Philipp Panzer

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ausschussmitglied Gerold Tholen

Es fehlten entschuldigt

Ausschussmitglied Petra Biel
Ausschussmitglied Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Erika Lach

von der Verwaltung

Jens Stoffers
Gerd-Dieter Mönck
Ellen Wolbergs
Dagmar Müller

Erster Stadtrat
Fachbereichsleitung Zentrale Dienste
Gleichstellungsbeauftragte
Protokollführerin

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 24.01.2011
- 3 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
 - 3.1 Beförderung – Susanne Rautenberg **64/2011**
 - 3.2 Beförderung – Andreas Leonhardt **72/2011**
 - 3.3 Beförderung – Elke Schute **73/2011**
 - 3.4 Beförderung – Gerd-Dieter Mönck **87/2011**
 - 3.5 Ausnahmen vom Einstellungsstopp
 - 3.5.1 Übernahme von Auszubildenden/Verwaltungsfachangestellten **77/2011**
 - 3.5.2 Übernahme von Stadtinspektoranwärter/-innen und Stadtsekretäranwärter/-innen **78/2011**
 - 3.5.3 Einstellung von Feuerwehrbeamten **88/2011**
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Felbier** eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 24.01.2011

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 24.01.2011 wurde bei einer Stimmenthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

3 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

3.1 Beförderung – Susanne Rautenberg

64/2011

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Stadtinspektorin Susanne Rautenberg, Jobcenter, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Stadtoberinspektorin zu ernennen.

3.2 Beförderung – Andreas Leonhardt

72/2011

Nachdem **Herr Stoffers** die Vorlage erläutert hatte, antwortete **Herr Mönck** auf Nachfrage von **Frau Bauermeister**, wie viele Bewerbungen ansonsten noch eingegangen seien.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Stadtamtmann Andreas Leonhardt, Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Stadtamtsrat zu ernennen.

3.3 Beförderung – Elke Schute

73/2011

Herr Stoffers fügte der Vorlage hinzu, dass sich diese Stelle mit europäischen Angelegenheiten beschäftige und wegen diverser Veränderungen neu bewertet worden sei. Bei Höherbewertungen würden grundsätzlich keine Ausschreibungen erfolgen, da die StelleninhaberInnen diese Tätigkeiten bereits ausüben.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Stadtamtfrau Elke Schute, Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Stadtamtsrätin zu ernennen.

3.4 Beförderung – Gerd-Dieter Mönck

87/2011

Herr Mönck verließ das Sitzungszimmer während dieses Tagesordnungspunktes.

Herr Stoffers erläuterte kurz die verschiedenen Aufgabengebiete, die Herr Mönck im Fachbereich Zentrale Dienste durchlaufen habe und bestätigte, dass er bereits seit einem Jahr als kommissarischer Leiter eingesetzt sei und sich hervorragend bewährt habe. Auf Nachfrage von **Herrn Felbier**, ob Herr Mönck auch in den höheren Dienst wechselt, erläuterte **Herr Stoffers**, dass die Stelle eine Wertigkeit von A 14 habe. Sollte die Stelle so bewertet bleiben, müsse Herr Mönck einen entsprechenden Aufstieg durchlaufen.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Stadtamtsrat Gerd-Dieter Mönck, Zentrale Dienste, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Stadtoberamtsrat zu ernennen.

3.5 Ausnahmen vom Einstellungsstopp

3.5.1 Übernahme von Auszubildenden/Verwaltungsfachangestellten

77/2011

Herr Stoffers bezog sich bei seinen anschließenden Erläuterungen auf die beiden folgenden Vorlagen Nr. 77/2011 und 78/2011.

Zum Sommer 2011 werden insgesamt 16 Auszubildende und AnwärterInnen ihre Ausbildung beenden. **Herr Stoffers** führte aus, dass durch Übernahme der Azubis unter den angeführten Voraussetzungen nicht nur eine gewollte Verjüngung der Verwaltung erfolge, sondern auch die verschiedensten Einsatzmöglichkeiten abgedeckt werden könnten.

Für den „mittleren Dienst“ führte **Herr Stoffers** das Jobcenter mit Abgängen und vakanten Stellen an, im Bereich Statistik und Wahlen das Projekt Zensus, im Fachbereich Bürgerangelegenheiten die Einführung des elektronischen Personalausweises, drei Abgängen sowie das neue Waffenrecht und die gesetzliche Veränderungen des Bildungs- und Teilhabepakets.

Im „gehobenen Dienst“ seien 7 Abgänge zu verzeichnen. Ferner seien Vakanzen bei der geplanten Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle, des Bildungs- und Teilhabepaketes sowie ein Mehraufwand im „Vormundchaftswesen“ und in der Eingliederungshilfe vorhanden.

Abschließend betonte **Herr Stoffers**, dass er auf gute Abschlüsse der Azubis hoffe und führte zudem an, dass im nächsten Jahr kaum Auszubildende fertig werden würden.

Die Ausschussmitglieder stimmten dieser Auffassung nach kurzer Diskussion zu.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Vorbehaltlich des Bestehens der Abschlussprüfung mit einem Gesamtergebnis von mindestens 9 Punkten und Bewährung in der Praxis sowie bei Vorliegen der sonstigen persönlichen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der unbefristeten Übernahme von bis zu sieben Auszubildenden / Verwaltungsfachangestellten (Franziska Fischer, Katharina Grunert, Katrin-Marie Hausberg, Kerstin Matzke, Mareka Thormälen, Erika Trunow, Maik Wieczorek) im Anschluss an die Prüfung zugestimmt.

Bei einem noch befriedigenden Gesamtergebnis in der Abschlussprüfung (8 Punkte) sowie Vorliegen der weiteren o.g. Voraussetzungen wird einer Übernahme der genannten Personen in ein für ein Jahr befristetes Beschäftigungsverhältnis zugestimmt.

3.5.2 Übernahme von Stadtinspektoranwärter/-innen und Stadtsekretäranwärter/-innen

78/2011

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Vorbehaltlich des Bestehens der Laufbahnprüfung mit einem Gesamtergebnis von

mindestens 9 Punkten und Bewährung in der Praxis sowie bei Vorliegen der sonstigen beamten- und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der Übernahme von

- bis zu **sechs Stadtinspektoranwärter/-innen** (Sabrina Fürst, Marco Fuß, Jörg Harms, Nils Meinardus, Hauke Quathammer, Sven Wilkens) zum 01.08.2011 als Stadtinspektor/-innen;
- bis zu **drei Stadtsekretäranwärter/-innen** (Björn Geisler, Nadine Liepold, Hannah Lüders) zum 01.08.2011 als Stadtsekretär/-innen

in das Beamtenverhältnis auf Probe zugestimmt.

Vorbehaltlich des Bestehens der Laufbahnprüfung mit einem noch befriedigenden Gesamtergebnis (8 Punkte) und Bewährung in der Praxis sowie bei Vorliegen der sonstigen persönlichen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der Übernahme der o.G. zum 01.08.2011 in ein für ein Jahr befristetes Beschäftigungsverhältnis zugestimmt.

3.5.3 Einstellung von Feuerwehrbeamten

88/2011

Herr Stoffers bat vorab, die Vorlage etwas umzuformulieren. Er möchte den Beschlussvorschlag als Ermächtigung der Verwaltung verstehen, Feuerwehrbeamte bezogen auf die erforderliche Mindestzahl von 111 Bediensteten einzustellen.

Er beschrieb die doch sehr hohe Fluktuation und deren unterschiedlichsten Gründe.

Auf Nachfrage von **Frau Bauermeister** bestätigte **Herr Mönck**, dass der Verwaltung zurzeit 3 – 4 Bewerbungen vorliegen, zu denen man Kontakt aufnehmen könne. Ferner gäbe es die Möglichkeit ausgebildete Feuerwehrleute über Werkfeuerwehren anzuwerben. Bei diesem Personenkreis gäbe es einen Umweg über Probe- und Testphasen, um sie dann in ein von ihnen angestrebtes Beamtenverhältnis zu übernehmen.

Herr Felbier bestätigte, dass man auf innovative Wege angewiesen wäre.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Verwaltung wird ermächtigt zum jeweils nächstmöglichen Zeitpunkt das Defizit zur festgestellten Mindeststärke im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst, soweit es sich um die Wachbesetzung im rechnergestützten Dienstplan handelt, durch die Einstellung von ausgebildeten Beamten der Laufbahngruppe 1 (Fachrichtung Feuerwehr) auszugleichen.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Wolbergs bezog sich auf die letzte Sitzung des PGL und stellte einen Bericht hinsichtlich der Beförderungen und Höhergruppierungen der letzten drei Jahre getrennt nach Geschlechtern vor. Sie erläuterte den Ausschussmitgliedern einige auffällige Zahlen anhand von Zahlendiagrammen (s. Anlage).

Es wurde deutlich, dass im Verhältnis weniger Frauen befördert wurden.

Dadurch entstand die Diskussion, ob eine Teilzeitbeschäftigung Hinderungsgrund für eine Beförderung sei. Viele Frauen in der Besoldungsgruppe A 10 bzw. entsprechender Entgeltgruppe haben ihre Arbeitszeit den Familienverhältnissen angepasst. Teilzeitbeschäftigte Männer gäbe es hier keine. Es wäre abzuklären, ob diese Frauen sich mit ihrem derzeitigen Arbeitsplatz arrangiert haben und zurzeit auch vielleicht nicht bereit seien, an Auswahlverfahren teilzunehmen und sich damit auf einem neuen Arbeitsplatz einzuarbeiten. Daraufhin informierte **Herr Mönck**, dass jede wiederzubesetzende Stelle einer Prüfung unterzogen würde, ob sie teilzeitgeeignet wäre oder nicht. Hier gäbe es jedoch für die Interessenten z.T. das Problem der Vormittags- und Nachmittagsbesetzung.

Frau Wolbergs führte abschließend aus, dass das Zahlenmaterial natürlich nicht alles wiedergäbe. Es müsse vieles angefasst und aufgearbeitet werden. Im Rahmen der Personalentwicklung müssen Dinge wie Hemmnisse wegen Teilzeitarbeit ausgeräumt, flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie Telearbeitsplätze in Betracht gezogen werden.

Nach abschließender Diskussion bedankte sich **Herr Felbier** bei **Frau Wolbergs** für den Vortrag und fasste zusammen, dass die Probleme nicht unbedingt in den Besoldungsgruppen A 11 und höher lägen, sondern eher in den mittleren Bereichen. Hier befänden sich die Frauen meistens in einem Alter, in dem sie über Familienplanungen nachdenken würden. Einen aktuellen Handlungsbedarf sehe er zurzeit nicht, da er bei der Stadtverwaltung davon ausgehe, dass bei einer Bewerberauswahl ein weiblicher Bewerber keinerlei Nachteile habe.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:00 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in